

„Wir wollen, dass Wort und Taten zusammenpassen“

Rolf Verleger und Yazid Shammout über das Bündnis zur Beendigung der israelischen Besatzung – das heute in Hannover gegründet wird

Sie rufen am heutigen Sonnabend in Hannover eine Initiative ins Leben, die die Zwei-Staaten-Lösung zwischen Israel und Palästina befördern soll. Hat es bisher an Nahostinitiativen gemangelt?

Rolf Verleger: Nein, aber wir richten uns gezielt an die deutsche Politik, die immer noch einseitig für die israelische Politik Stellung nimmt, trotz alltäglicher Menschenrechtsverletzungen an Palästinensern durch das Besatzungsregime.

Yazid Shammout: Mich bewegt vor allem die Diskrepanz dieser Einseitigkeit gegenüber dem Bekenntnis der deutschen und der europäischen Politik zur Zwei-Staaten-Lösung und gegen die Besatzung. Das passt nicht zusammen mit bedingungslosen Waffenlieferungen an Israel oder mit der Hinnahme von Importen aus den illegalen Siedlungen in die EU. Wir wollen einfach, dass Wort und Taten in Berlin und Brüssel zusammenpassen.

Wer gehört zu den Initiatoren des Bündnisses zur Beendigung der israelischen Besatzung?

Verleger: Am Anfang standen Impulse des Theologen Martin Breidert und des Menschenrechtsaktivisten Rupert Neudeck, mit dem es noch wenige Wochen vor seinem Tod gemeinsame Planungstreffen gab. Dabei sind Palästinenser wie Ghaleb Natour und die Israelin Nirit Sommerfeld und als Beirat auch Horst Teltchik, der langjährige Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz ...

... und nicht zuletzt Sie beide, ein Jude und ein Palästinenser. Bringt Sie das im jeweils eigenen Lager nicht in Schwierigkeiten?

Verleger: Manche auf der jüdischen Seite würden mich am liebsten auf den Mond schießen, seit ich 2006 das militärische Vorgehen Israels im Libanon kritisiert habe. Aber isoliert bin ich keineswegs – viele meiner jüdischen Freunde teilen meine Kritik. Und auch im Zentralrat der



Foto: Küster

ZUR PERSON

Rolf Verleger, Jahrgang 1951, Psychologieprofessor an der Uni Lübeck, ist Sohn von Auschwitz-Überlebenden. Er war bis 2006 Vorsitzender der Jüdischen Gemeinschaft Schleswig-Holstein. Wegen Kritik am militärischen Vorgehen Israels im Libanon verlor er dieses Amt. In der von ihm gestarteten Petition „Berliner Erklärung“ hat er 2006 mehr kritische Distanz der Bundesregierung gegenüber der israelischen Politik gefordert.

Juden in Deutschland habe ich keine pauschale Zurückweisung erlebt.

Shammout: Für mich ist es umso weniger ein Problem, mit Rolf Verleger an einem Strang zu ziehen.

Yazid Shammout, Jahrgang 1960, lebt seit 38 Jahren in Deutschland und ist seit 2004 Vorsitzender der Palästinensischen Gemeinde in Hannover. Geboren ist er in Beirut, wohin seine aus Jaffa stammenden Eltern vor israelischen Truppen geflohen sind. Er machte in Deutschland Abitur, promovierte an der Berliner Humboldt-Universität über die Geschichte der Ölindustrie und ist Geschäftsführer der Dana-Senioreneinrichtungen.

Ist Kritik an Israels Politik automatisch antiisraelisch?

Verleger: Ich halte den Zionismus für einen historischen Irrweg. Aber jetzt ist Israel nun einmal da als weltweit anerkannter Staat. Jedoch besteht das Un-

recht der Vertreibung von Palästinensern im Jahr 1948 fort, statt einer Entschädigung gibt es weitere Ausbürgerungen. Der Schlüssel zur Verständigung wäre, dass Israels Regierung die Palästinenser für dieses Unrecht um Verzeihung bittet.

Ihre Initiative wendet sich unter anderem gegen Israels Mauerbau. Dabei ist der aus israelischer Regierungssicht doch nur eine „Antiterrormaßnahme“.

Shammout: Wir brauchen Brücken, nicht Mauern zwischen Israelis und Palästinensern. Die Mauer hat noch keine Gewalt gegen Israelis verhindert. Sie tut aber Palästinensern Gewalt an, die ihr Land nicht mehr erreichen können, das dann nach drei Jahren dem israelischen Staat zufällt. Das ist Landraub per Gesetz, und der Verlauf der Mauer auf durchweg palästinensischem Gebiet ist eine Landnahme auf Kosten eines lebensfähigen Palästinenserstaats.

Sie beklagen auch „außergerichtliche Exekutionen“ der Israelis. Die nennen so etwas meist „Vergeltungsmaßnahmen“, die es nur in Reaktion auf „Terror“ gebe. Gibt es da ein Wahrnehmungsproblem?

Verleger: Tja, da greift Israel zu Maßnahmen, die hierzulande automatisch zu einem Einschreiten der Staatsanwaltschaft und zu Rücktritten der verantwortlichen Politiker führen würden.

Shammout: Solche völkerrechtswidrigen Übergriffe stellen auch Israels eigenes Selbstverständnis infrage, sie stehen im Widerspruch zur Rechtsstaatlichkeit und gefährden die Demokratie.

Was sagen Sie zu Palästinensergewalt?

Verleger: Die ist sicher schädlich und auch moralisch nicht zu rechtfertigen. Aber wo es Unterdrückung gibt, gibt es auch Widerstand.

Shammout: Die Besatzung bedeutet für

die Palästinenser ebenfalls Gewalt und auch Terror.

Diplomatisch scheint sich nichts zu bewegen. Verstehen Sie Leute, die den Konflikt ignorieren, weil sie da nur Stillstand erleben?

Shammout: Stillstand? Tatsächlich gehen der Bau jüdischer Siedlungen und die Zerstörung palästinensischer Häuser tagtäglich weiter. Tatsächlich wäre der Rückhalt, den wir heute mit unserer Initiative finden, vor 15 Jahren undenkbar gewesen. Und während palästinensische Studierende in Deutschland noch „Nationalität unbekannt“ in ihre Pässe gestempelt bekommen, erkennen inzwischen 137 der 193 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen Palästina an. Also: Von Stillstand kann keine Rede sein.

Die Musik für eine Einigung spielt in Washington, solange Israels Regierung sich dort der Duldung ihrer Politik sicher weiß. Was kann da eine Initiative in Deutschland, in Hannover ausrichten?

Shammout: In Washington interessiert man sich heute mehr für Fernost als für den Nahen Osten. Umso wichtiger ist die Rolle der Europäer. Das sieht Israels Regierung durchaus, die hier sehr geschickt Lobbyarbeit macht. Umso wichtiger ist es, hier auch im Interesse einer Friedenslösung Einfluss zu nehmen auf Entscheidungsträger, Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit zu leisten. Da die Regierung in Berlin da eher ein Bremser ist als die in Paris, ist Deutschland dafür ein wichtiger Ort. Und Hannover ist für unsere Kooperation von geradezu symbolischer Bedeutung. Denn hier ist ja aus einer Bekanntschaft zwischen dem Vorsitzenden der Jüdischen und dem der Palästinensischen Gemeinde, zwischen Michael Fürst und mir, sogar eine persönliche Freundschaft geworden.

Interview: Daniel Alexander Schacht